



Bayerisches Staatsministerium der Justiz • 80097 München

An die
Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Frau Ilse Aigner
Maximilianeum
81627 München

Sachbearbeiter
Herr Müller

Telefon
(089) 5597-2554

Telefax
(089) 5597-3569

E-Mail
Markus.Mueller@stmj.bayern.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Bitte bei Antwort angeben Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom	Datum
	E4 - 4110E - II - 9401/2020	25. September 2020

**Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Tim Pargent, Claudia Köhler, Toni
Schuberl und Barbara Fuchs vom 30. Juli 2020 betreffend "Ermittlungen
rund um die Wirecard AG"**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Schriftliche Anfrage beantworte ich wie folgt:

Fragen 1.1. und 1.2.:

*1.1. Welche Anzeigen, die sich gegen die Wirecard AG oder mit ihr verbun-
denen Personen oder Unternehmen richten, gingen seit 2005 bei bayeri-
schen Staatsanwaltschaften ein (bitte unter Angabe des Eingangsdatums,
des Anzeigestellers und des zentralen Vorwurfs)?*

*1.2. Wie ist der Stand zu den jeweiligen Verfahren, die sich aus den Anzei-
gen ergeben haben?*

Antwort:

Die Fragen 1.1. und 1.2. werden aufgrund Sachzusammenhangs gemein-
sam beantwortet.

Auf die nachstehende Tabelle wird Bezug genommen.

Grundlage der Tabelle sind die nach Auskunft der bayerischen Staatsanwaltschaften dort mit den vorhandenen Recherchemöglichkeiten feststellbaren Vorgänge. Dabei wurde insbesondere auf die zur Verfügung stehenden Suchfunktionen im Fachverfahren web.sta, das in Bayern und in acht weiteren Bundesländern bei den Staatsanwaltschaften verwendet wird, zurückgegriffen.

Zu berücksichtigen ist, dass Ermittlungsakten nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist ausgesondert und die Verfahren im staatsanwaltschaftlichen Datenbestand automatisiert gelöscht werden. Die Aufbewahrungsfristen folgen dem Gedanken, Verfahrensakten grundsätzlich nur so lange aufzubewahren, wie dies für die Zwecke des Strafverfahrens erforderlich ist, und lehnen sich daher an die gesetzliche Verjährungsfrist für den jeweils inmitte stehenden Straftatbestand an. Beispielsweise beträgt die Aufbewahrungsfrist bei Ermittlungsverfahren wegen Geldwäsche in den Fällen der Verfahrensbeendigung durch die Staatsanwaltschaft, insbesondere Einstellungsverfügungen, regelmäßig fünf Jahre und beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die verfahrensbeendigende Entscheidung getroffen wurde (§§ 3 Abs. 1 S. 2, 1 AufbewV i.V.m Kennziffer 622 der Anlage). Dies kann dazu führen, dass zu älteren Ermittlungsverfahren keine Informationen mehr vorhanden sind.

Bei den aufgelisteten Vorgängen wird entsprechend der Fragestellung der jeweils zentrale Tatvorwurf aufgeführt. Der zugrunde liegende Sachverhalt wurde bzw. wird von den Staatsanwaltschaften jedoch unter allen rechtlichen Gesichtspunkten geprüft.

Seit Bekanntgabe der Verweigerung eines Testats im Hinblick auf die Wirecard AG am 18. Juni 2020 gehen bei der Staatsanwaltschaft München I laufend Sachverhaltsmitteilungen ein. Diese werden bei entsprechendem Zusammenhang zu bereits anhängigen Ermittlungsverfahren genommen und dort bearbeitet. Es erfolgt dann keine gesonderte Eintragung.

Weitere Abklärungen, insbesondere mit der Polizei, laufen derzeit noch. Sofern sich substantielle neue Erkenntnisse ergeben, wird unaufgefordert nachberichtet.

Dies vorausgeschickt, können auf Grundlage der Auskünfte der bayerischen Staatsanwaltschaften folgende Verfahrenszahlen mitgeteilt werden (Erfassung bis 12. August 2020; weitere Eingänge werden bei den Staatsanwaltschaften dahingehend geprüft, ob insoweit die Einleitung von Ermittlungsverfahren veranlasst ist):

Tabelle 1:

	Herkunft der Anzeige bzw. Mitteilung	Eingang bzw. Verfahrenseinleitung bei der Staatsanwaltschaft	Zentraler Tatvorwurf	Verfahrensstand
1	Privatanzeige	08.02.2010	Geldwäsche (im Zusammenhang mit Kreditkartenabrechnungen für Online-Glücksspiel in den USA)	Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO am 22.02.2012. Der Tatnachweis konnte nicht geführt werden, da u.a. Zweifel an einer strafbaren Vortat (Auslandsstrafat) bestanden.
2	Geldwäscheverdachtsmeldung	02.09.2011	Geldwäsche (Häufung von Rücklastschriften)	Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO am 30.07.2012. Betrügerisches Handeln der Geldempfänger (Vortat) konnte nicht nachgewiesen werden
3	Privatanzeige (Abgabe durch StA Itzehoe)	26.01.2015	Unterschlagung (Nichtausführung eines Auftrags)	Absehen von Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, § 152 Abs. 2 StPO. Kein Anfangsverdacht für Straftaten.
4	Privatanzeige	19.06.2015	Betrug (Kontoinhaber bei Wirecard Bank AG moniert unberechtigte Abbuchungen)	Absehen von Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, § 152 Abs. 2 StPO. Kein Anfangsverdacht für Straftaten im Geschäftsbereich der Wirecard Bank AG oder der Wirecard AG.
5	Prüfvorgang	24.07.2015	Beihilfe zur unerlaubten Veranstaltung eines Glücksspiels	Absehen von Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, § 152 Abs. 2 StPO. Kein Anfangsverdacht für Haupttat.

6	Prüfvorgang wegen Übernahmeersuchen der StA Koblenz	29.10.2015	Betrug (Näheres nicht feststellbar, da Akte seit Langem an ersuchende Behörde zurückgeleitet)	Übernahme des Verfahrens wegen fehlender örtlicher Zuständigkeit für diesen Tatvorwurf abgelehnt
7	Privatanzeige	02.12.2015	Betrug (Anzeigesteratter moniert unberechtigte Geltendmachung von Gebühren für Prepaid-Kreditkarte i.H.v. 22,79 €)	Absehen von Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, § 152 Abs. 2 StPO, kein Anfangsverdacht für Straftat im Geschäftsbereich der Wirecard AG. Zivilrechtliche Streitigkeit über wirksame Vereinbarung von entsprechenden Nutzungsgebühren.
8	Privatanzeige	02.03.2016	Vergehen nach dem Wertpapierhandelsgesetz (WpHG; Angaben des Anzeigesteratters zu Sachverhalt und möglichen Tätern sehr unkonkret)	Nach Beteiligung der BaFin sah die Staatsanwaltschaft von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Verantwortliche der Wirecard AG ab, § 152 Abs. 2 StPO. Auf Grundlage der von der BaFin erteilten Auskünfte bestand insoweit kein Anfangsverdacht. Die BaFin erstattete im Rahmen ihrer Antwort Strafanzeige gegen Verantwortliche des sog. Zatarra-Berichts. Diese führte zu Vorgang Nr. 2 der nachstehenden Tabelle 2 bei der Antwort zu den Fragen 3.1. bis 4.3.
9	Fluggesellschaft	21.07.2016	Untreue (Nichtauskehr von Sicherheitseinbehalten i.H.v. 9,835 Mio. € bei Abwicklung von Kreditkartenzahlungen für Flugtickets)	Absehen von Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, § 152 Abs. 2 StPO. Insbesondere auf Grundlage der Vertragsbedingungen kein Anfangsverdacht für Pflichtverletzung i.S.d. Untreuebestands (§ 266 Abs. 1 StGB).
10	Prüfvorgang wegen Übernahmeersuchen der StA Braunschweig	12.04.2017	Betrug (Näheres nicht feststellbar, da Akte seit Langem an ersuchende Behörde zurückgeleitet)	Übernahme des Verfahrens wegen fehlender örtlicher Zuständigkeit für diesen Tatvorwurf abgelehnt
11	Prüfvorgang wegen Übernahmeersuchen der StA Braunschweig	04.05.2017	Betrug (Näheres nicht feststellbar, da Akte seit Langem an ersuchende Behörde zurückgeleitet)	Übernahme des Verfahrens wegen fehlender örtlicher Zuständigkeit für diesen Tatvorwurf abgelehnt

12	Einleitung von Amts wegen	15.11.2017	Beihilfe zur unerlaubten Veranstaltung eines Glücksspiels (Finanztransaktionen von Betreibern von Online-Kasinos)	Absehen von Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, § 152 Abs. 2 StPO. Vortaten nicht konkretisierbar.
13	Geldwäscheverdachtsmeldung	30.01.2019 Nachmeldungen: 01.02.2019 06.02.2019 08.02.2019 18.02.2019	Geldwäsche (Finanztransaktionen zwischen Betreibern von zwei Online-Kasinos und ihren Kunden)	Absehen von Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, § 152 Abs. 2 StPO. Kein Anfangsverdacht im Hinblick auf Verantwortliche der Wirecard AG (enger Bezug zu Nr. 5).
14	Privatanzeige	04.02.2019	Betrug (Kursverluste nach Kauf von Optionsscheinen zum Kurswert von 9.800,- €)	Verfahren anhängig
15	Geldwäscheverdachtsmeldung	15.02.2019	Geldwäsche (Kontogutschriften, u.a. auf Konten von zwei ehem. Vorstandsmitgliedern im Dezember 2017 und im Dezember 2018)	Verfahren anhängig. Zunächst im Jahr 2019 Absehen von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens (§ 152 Abs. 2 StPO), da damals keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine inkriminierte Herkunft der Gelder (Vortat i.S.v. § 261 StGB) vorlagen. Grundlage der Einstellung war die Auskunft eines Kreditinstituts, dass die festgestellten Zahlungsflüsse Darlehensverträgen zwischen dem Kreditinstitut und einer privaten Beteiligungsgesellschaft sowie zwischen dieser Beteiligungsgesellschaft und einem Vorstandsmitglied der Wirecard AG zuzuordnen seien. Anhaltspunkte für eine Beteiligung der Wirecard AG oder der Wirecard Bank AG an diesen Transaktionen und Verträgen bestanden nicht. Das Verfahren wurde zwischenzeitlich aufgrund neuer Erkenntnisse wieder aufgenommen; die Ermittlungen, insbesondere wegen Betruges im Zusammenhang mit der Darlehensgewährung durch das Kreditinstitut, laufen.

16	Geldwäscheverdachtsmeldung	18.06.2019	Geldwäsche (Überweisungen zwischen Geschäftskonten von verschiedenen Gesellschaften in Asien, teilweise Tochtergesellschaften der Wirecard AG, im Zeitraum 15.12.2017 bis 29.03.2018)	Verfahren anhängig
17	Verfahrensabgabe durch StA Darmstadt	27.01.2020	Geldwäsche (Hintergrund sind Ermittlungen wegen Betruges durch Dritte über die Online-Plattform Ebay)	Verfahren anhängig
18	Anzeige eines Anlegerschutzverbands	17.02.2020	Geldwäsche (Finanztransaktionen im Zusammenhang mit mutmaßlich betrügerischen Online-Handelsplattformen und Online-Glücksspiel)	Verfahren anhängig
19	Fonds	28.05.2020	Untreue (fehlender realer Hintergrund von erklärten Geschäften mit Partnern im sog. Third-Party-Acquiring [TPA], überteuertem Unternehmenskauf in Indien, Vergabe von ungesicherten Darlehen; Grundlage der Anzeige ist eine Zusammenfassung des Berichts einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)	Verfahren anhängig
20	BaFin	02.06.2020	Vergehen nach dem WpHG (irreführende Angaben in zwei Ad hoc-Meldungen der Wirecard AG am 12.03.2020 und 22.04.2020)	Verfahren anhängig
Bekanntwerden der Verweigerung des Testats am 18. Juni 2020				
21	BaFin	18.06.2020 (keine gesonderte Erfassung, Behandlung in gemeinsamem Vorgang mit Nr. 19)	Untreue (Mitteilung der Testatverweigerung und Fälschung von Bankbestätigungen)	Verfahren anhängig,
22	BaFin	19.06.2020	Vergehen nach dem WpHG	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache

23	Privatanzeige	22.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
24	Privatanzeige	22.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
25	Privatanzeige	23.06.2020	Untreue	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
26	Privatanzeige	23.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
27	Privatanzeige	24.06.2020	Vergehen nach dem WpHG	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
28	Privatanzeige	24.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
29	Privatanzeige	24.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
30	Privatanzeige	24.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
31	Privatanzeige	25.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
32	Privatanzeige	25.06.2020	Vergehen nach dem WpHG	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
33	Privatanzeige	25.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
34	Privatanzeige	25.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
35	Privatanzeige	26.06.2020	Vergehen nach dem WpHG	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
36	Bußgeld- und Strafsachenstelle des Finanzamts (BuStra)	26.06.2020	Unrichtige Darstellung (§ 331 HGB)	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
37	Privatanzeige	29.06.2020	Unrichtige Darstellung (§ 331 HGB)	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
38	Geldwäscheverdachtsmeldungen von Wirecard AG und Wirecard Bank AG	25/26.06.2020	Geldwäsche	Verfahren anhängig
39	Privatanzeige	30.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
40	Privatanzeige	30.06.2020	Unterschlagung	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
41	Privatanzeige	30.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
42	Privatanzeige	30.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
43	Privatanzeige	30.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache

44	Privatanzeige	30.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
45	Privatanzeige	30.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
46	Privatanzeige	30.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
47	Privatanzeige	30.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
48	Privatanzeige	30.06.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
49	Privatanzeige	01.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
50	Privatanzeige	01.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
51	Privatanzeige	01.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
52	Privatanzeige	01.07.2020	Vergehen nach dem WpHG	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
53	Privatanzeige	01.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
54	Privatanzeige	01.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
55	Privatanzeige	01.07.2020	Untreue	Verfahren anhängig
56	Privatanzeige	07.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
57	Privatanzeige	07.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
58	Privatanzeige	07.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
59	Privatanzeige	07.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
60	Privatanzeige	07.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
61	Privatanzeige	08.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
62	Privatanzeige	08.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
63	Privatanzeige	09.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
64	Privatanzeige	09.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
65	Privatanzeige	09.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache

66	Privatanzeige	09.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
67	Privatanzeige	10.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
68	Geldwäscheverdachtsmeldung	10.07.2020	Geldwäsche	Verfahren anhängig
69	Privatanzeige	13.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
70	Privatanzeige	13.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
71	Privatanzeige	13.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
72	Privatanzeige	13.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
73	BaFin	14.07.2020	Vergehen nach dem WpHG	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
74	Privatanzeige	14.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
75	Privatanzeige	14.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
76	Privatanzeige	14.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
77	Privatanzeige	14.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
78	Privatanzeige	14.07.2020	Vergehen nach dem WpHG	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
79	Privatanzeige	15.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
80	Privatanzeige	15.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
81	Privatanzeige	16.07.2020	Geldwäsche	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
82	Privatanzeige	16.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
83	Privatanzeige	16.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
84	Privatanzeige	16.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
85	Privatanzeige	20.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
86	Privatanzeige	20.07.2020	Vergehen nach dem WpHG	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
87	Privatanzeige	20.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache

88	Privatanzeige	20.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
89	Privatanzeige	20.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
90	BuStrA	21.07.2020	Steuerhinterziehung	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
91	Privatanzeige	21.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
92	Privatanzeige	21.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
93	Privatanzeige	21.07.2020	Vergehen nach dem WpHG	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
94	Privatanzeige	21.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
95	Privatanzeige	21.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
96	Geldwäscheverdachtsmeldung	27.07.2020	Geldwäsche	Verfahren anhängig
97	Privatanzeige	29.07.2020	Vergehen nach dem WpHG	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
98	Privatanzeige	29.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
99	Privatanzeige	29.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
100	Privatanzeige	29.07.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
101	Privatanzeige	03.08.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
102	Privatanzeige	04.08.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
103	Privatanzeige	05.08.2020	Betrug	Verfahren anhängig, Verbindung mit einer anderen Sache
104	Privatanzeige	05.08.2020	Betrug	Verfahren anhängig
105	Privatanzeige	05.08.2020	Betrug	Verfahren anhängig
106	Sammlung an Geldwäscheverdachtsmeldungen	ab 06.08.2020	Geldwäsche	Verfahren anhängig
107	Privatanzeige	11.08.2020	Betrug	Verfahren anhängig
108	Privatanzeige	11.08.2020	Betrug	Verfahren anhängig
109	Privatanzeige	11.08.2020	Vergehen nach dem WpHG	Verfahren anhängig

Die genannten Anzeigen und Mitteilungen vor dem 18. Juni 2020 betreffen mit Ausnahme von Nr. 16 (Geldwäscheverdachtsmeldung vom 18. Juni

2019) sowie Nr. 19 und 20 (Anzeigen vom 28. Mai 2020 und 2. Juni 2020) Sachverhalte ohne Bezug zum Asiengeschäft der Wirecard AG.

Im Vergleich zu den bisherigen Auskünften, insbesondere zur Antwort auf die Anfrage der Abgeordneten Claudia Köhler zum Plenum vom 6. Juli 2020, enthält die Tabelle an einzelnen Stellen Aktualisierungen. Diese sind Folge von weitergehenden Recherchen der Staatsanwaltschaft München I, die bei früheren Anfragen innerhalb der dort zur Verfügung stehenden, teilweise sehr kurzen, Fristen noch nicht möglich gewesen waren. Beispielsweise werden Sachverhalte, die in einer Akte zusammengefasst waren und daher zunächst als ein Vorgang gemeldet wurden, jetzt separat aufgeführt; aufgeführt werden nun auch Prüfvorgänge, die nicht auf Anzeigen beruhen, sondern von Amts wegen eingeleitet wurden. Den Vorgang Nr. 8 in Tabelle 1 hatte die Staatsanwaltschaft München I zunächst nur in einer Tabelle zu den Fragen 3.1 bis 4.3 erfasst. Im Rahmen der laufenden Abklärungen hat die Staatsanwaltschaft am 24. September 2020 dem Staatsministerium der Justiz nähere Informationen zu diesem Prüfvorgang mitgeteilt. Daher wurde dieser Vorgang nun auch in Tabelle 1 aufgenommen.

Frage 1.3.:

Wann wurde das erste Mal ein Ermittlungsverfahren begonnen, das sich auf mögliche Unregelmäßigkeiten in der Buchhaltung der Wirecard AG bezog?

Antwort:

Am 18. Juni 2020 wurde öffentlich bekannt, dass die befasste Wirtschaftsprüfungsgesellschaft der Wirecard AG ein Testat im Hinblick auf das Geschäftsjahr 2019 verweigert und sich der Verdacht von manipulierten Bankbestätigungen ergeben hat. Aufgrund dieser Erkenntnisse lagen aus Sicht der Staatsanwaltschaft München I ab diesem Zeitpunkt zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat der unrichtigen Darstellung i.S.d. § 331 HGB vor und die Staatsanwaltschaft leitete noch am selben Tag ein Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen der Wirecard AG ein.

Frage 2.1.:

Wann hat sich für die Staatsanwaltschaft das erste Mal der Verdacht erhärtet, dass in der Wirecard AG illegale Handlungen vorkommen könnten?

Antwort:

Am 2. Juni 2020 erstattete die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bei der Staatsanwaltschaft München I Strafanzeige gegen den Vorstand der Wirecard AG wegen Marktmanipulation. Gegenstand der Strafanzeige war die Veröffentlichung von zwei Ad hoc-Mitteilungen der Wirecard AG am 12. März 2020 bzw. 22. April 2020, die irreführende Angaben zu einer laufenden Sonderprüfung enthalten haben sollen. Auf Grundlage der von der BaFin vorgelegten Informationen leitete die Staatsanwaltschaft München I noch am selben Tag ein Ermittlungsverfahren gegen mehrere Mitglieder des Vorstands der Wirecard AG wegen des Anfangsverdachts eines Vergehens nach dem Wertpapierhandelsgesetz ein und erwirkte beim Ermittlungsrichter des Amtsgerichts München bereits am 3. Juni 2020 den Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses für die Geschäftsräume der Wirecard AG.

Frage 2.2.:

Wann hat die Staatsanwaltschaft die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) das erste Mal auf ihren Verdacht aufmerksam gemacht?

Antwort:

Eine Mitteilung durch die Staatsanwaltschaft an die BaFin war nicht erforderlich, da die BaFin die Strafanzeige am 2. Juni 2020 selbst erstattet und daher bereits Kenntnis vom Sachverhalt hatte.

Frage 2.3.

Welche weiteren öffentlichen oder privaten Aufsichtsbehörden im In- oder Ausland wurden von der Staatsanwaltschaft informiert (bitte unter Angabe des jeweiligen Datums)?

Antwort:

Die Ermittlungen dauern an, der Sachverhalt ist öffentlich bekannt. Eine Information weiterer Aufsichtsbehörden war aus Sicht der Staatsanwaltschaft daher nicht veranlasst. Anfragen von Behörden werden von der Staatsanwaltschaft stets umgehend beantwortet.

Fragen 3.1. bis 4.3.:

3.1. Welche Anzeigen der Wirecard AG oder mit ihr verbundenen Personen oder Unternehmen, die sich gegen Kritiker der Wirecard AG richten (wie z.B. gegen die Zeitschrift "Financial Times") liegen der Staatsanwaltschaft vor (bitte unter Angabe des Eingangsdatums, der angezeigten Person und des zentralen Vorwurfs)?

3.2. Wie ist der Stand zu den jeweiligen Verfahren, die sich aus den Anzeigen ergeben haben?

3.3. Haben sich aus den Ermittlungen zu diesen Anzeigen auch Ermittlungen gegen die Wirecard AG ergeben?

4.1. Welche Anzeigen der BaFin gegen Kritiker*innen der Wirecard AG (wie z.B. gegen die Zeitschrift "Financial Times", die Journalisten Dan McCrum und Stefania Palma oder gegen Börsenhändler) liegen der Staatsanwaltschaft vor (bitte unter Angabe des Eingangsdatums, der angezeigten Person und des zentralen Vorwurfs)?

4.2. Wie ist der Stand zu den jeweiligen Verfahren, die sich aus den Anzeigen ergeben haben?

4.3. Haben sich aus den Ermittlungen zu diesen Anzeigen auch Ermittlungen gegen die Wirecard AG ergeben?

Antwort:

Die Fragen 3.1. bis 4.3. werden aufgrund Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Auf die nachstehende Tabelle wird Bezug genommen:

Tabelle 2:

	Anzeigerstatter	Datum der Strafanzeige bzw. ihres Eingangs bei der Staatsanwaltschaft	Angezeigte Person(en)	Zentraler Tatvorwurf	Verfahrensstand	Ermittlungen gegen Verantwortliche der Wirecard AG
1	a) Wirecard AG b) BaFin	a) 18.07.2008 b) 25.05.2010	Verantwortliche der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger e.V. (SdK) und weitere Beschuldigte	Vergehen nach dem WpHG	Bei den zwei Hauptbeschuldigten Absehen von Strafverfolgung im Hinblick auf Sachverhalte betreffend Aktien der Wirecard AG gemäß § 154 Abs. 1 und Abs. 2 StPO, da die insoweit zu erwartende Strafe neben einer Strafe, zu der die Beschuldigten wegen anderer Tatvorwürfe rechtskräftig verurteilt wurden (Gesamtfreiheitsstrafe 3 Jahre und 180 Tagessätze bzw. Gesamtfreiheitsstrafe 2 Jahre 3 Monate und 180 Tagessätze), nicht beträchtlich ins Gewicht fiel.	Umfangreiche Ermittlungen bis Anfang 2012 (diese führten zum Vorgang Nr. 1 in Tabelle aus Antwort zu Fragen 1.1. und 1.2.); im Ergebnis kein hinreichender Tatverdacht nachweisbar.
2	BaFin	18.05.2016	Verantwortliche des sog. „Zatarra-Berichts“	Vergehen nach dem WpHG	Gegen den Haupttäter wurde ein Strafbefehl beantragt, der durch das Amtsgericht München erlassen wurde. Nach Einspruch wurde das Verfahren schließlich bei Gericht nach Zahlung einer Geldauflage gemäß § 153a Abs. 2 StPO eingestellt. Gegen einen weiteren Beschuldigten hat die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gemäß § 153a Abs. 1 StPO mit Zustimmung des Amtsgerichts München nach Zahlung einer Geldauflage ebenfalls eingestellt. Im Hinblick auf die übrigen Beschuldigten erfolgte eine Einstellung des Ermittlungsverfahrens gemäß § 170 Abs. 2 StPO, da insoweit ein hinreichender Tatverdacht nicht festgestellt werden konnte.	Prüfungen der Staatsanwaltschaft unter Einbindung der BaFin (Gegenstand des Vorgangs Nr. 8 der Tabelle aus Antwort zu Fragen 1.1. und 1.2.) ergaben zum damaligen Zeitpunkt keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für strafbares Verhalten.

3	a) Wirecard AG b) BaFin	a) 01.02.2019 b) 09.04.2019	Verantwortliche der Berichterstattung in der „Financial Times“ im Januar 2019 u.a.	Vergehen nach dem WpHG	Einstellung mangels hinreichenden Tatverdachts nach § 170 Abs. 2 StPO im Hinblick auf die Journalisten der Financial Times, zu weiteren Beschuldigten dauern die Ermittlungen an.	Prüfvorgang wurde eingeleitet; aktuell werden die Sachverhalte aus diesem Vorgang in dem Verfahren zu Nr. 19 der Tabelle zu den Fragen 1.1. und 1.2. (mit-) behandelt.
---	---	--	--	------------------------	---	--

Fragen 5.1. bis 7.2.:

5.1 Welche externen, allgemeinen oder sonstigen Weisungen hat die Staatsregierung der Staatsanwaltschaft für den Umgang mit den oben genannten Anzeigen und Verfahren gegeben?

5.2. Wann hat die Staatsanwaltschaft Zwischenberichte zu den oben genannten Anzeigen und deren Verfahren an die Staatsregierung übermittelt (bitte unter Angabe des jeweiligen Berichtsdatums)?

5.3. In welcher Weise hat die Staatsregierung auf diese Berichte reagiert?

6.1. In welchen dieser Berichte hat die Staatsanwaltschaft der Staatsregierung ihre Absicht zum weiteren Vorgehen mitgeteilt?

6.2. Wie hat die Staatsregierung auf diese Absichtsberichte reagiert?

7.1. In welchen dieser Berichte hat die Staatsanwaltschaft der Staatsregierung mitgeteilt, was sie in den Ermittlungen als nächstes tun wird?

7.2. Wie hat die Staatsregierung auf diese Werde-Berichte reagiert?

Antwort:

Die Fragen 5.1. bis 7.2. werden aufgrund Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Auf Grundlage der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz über die Berichtspflichten in Strafsachen (BeStra) vom 7. Dezember 2005 (JMBl. 2006 S. 2) berichten die Staatsanwaltschaften dem Staatsministerium der Justiz in allen Strafsachen, die wegen der Persönlichkeit oder der Stellung eines Beteiligten, wegen der Art oder des Umfangs der Beschuldigung oder aus anderen Gründen weitere Kreise beschäftigen oder voraussichtlich beschäftigen werden, oder die zu Maßnahmen der Justizverwaltung oder der Gesetzgebung Anlass geben können.

Im Staatsministerium der Justiz konnten im Zusammenhang mit den Anzeigen und Vorgängen, die in den beiden vorgenannten Tabellen aufgeführt wurden, folgende Berichtsvorgänge festgestellt werden:

Tabelle 3:

Beschuldigte	Vorgang (Fundstelle in den vorgenannten Tabellen)	Datum von Erst- (EB) und Schlussbericht (SB) der Generalstaatsanwaltschaft	Datum von Zwischenberichten
Verantwortliche der Wirecard AG	Tabelle 1, Nr. 1 und Nr. 2	25.05.2010 (EB) 10.08.2012 (SB)	19.08.2010, 13.01.2011, 04.07.2011, 27.12.2011, 05.03.2012
unbekannte Beschuldigte	Tabelle 1, Nr. 12	24.01.2018 (EB) 08.01.2020 (SB)	09.07.2018, 17.01.2019, 08.07.2019
Verantwortliche der Wirecard AG	Tabelle 1, Nr. 19 und Nr. 21	01.07.2020 (EB)	14.08.2020, 09.09.2020
Verantwortliche der Wirecard AG	Tabelle 1, Nr. 20	19.06.2020 (EB)	
Verantwortliche der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger e.V. (SdK) und weitere, insgesamt mehr als 30 Beschuldigte; Tatvorwürfe betrafen mehrheitlich Sachverhalte ohne Bezug zur Wirecard AG	Tabelle 2, Nr. 1	20.08.2008 (EB) 10.04.2018 (SB)	03.02.2009, 17.08.2009, 05.02.2010, 28.07.2010, 27.09.2010, 29.09.2010, 03.12.2010, 28.03.2011, 12.08.2011, 14.02.2012, 24.08.2012, 21.09.2012, 06.11.2012, 02.05.2013, 29.10.2013, 09.05.2014, 22.10.2014, 28.04.2015, 21.10.2015, 20.04.2016, 25.10.2016, 18.04.2017, 17.10.2017
Verantwortliche für die Berichterstattung in der „Financial Times“	Tabelle 2, Nr. 3	14.06.2019 (EB)	27.11.2019, 24.06.2020

Das Staatsministerium der Justiz nahm die eingehenden Berichte, und im Einzelfall ergänzende Mitteilungen an das Fachreferat zum Sachstand

durch E-Mail oder telefonischen Kontakt, jeweils zur Kenntnis und prüfte die Sach- und Rechtslage auf Grundlage der mitgeteilten Informationen.

Die Staatsregierung hat der Staatsanwaltschaft München I für den Umgang mit den oben genannten Anzeigen und Verfahren weder Weisungen erteilt noch Vorgaben gemacht oder sonst Einfluss auf die Sachbearbeitung genommen. Eine Berichterstattung über vorgesehene Sachbehandlungen in Form von Absichts- oder Werbeberichten erfolgte nicht.

Fragen 8.1. bis 8.3.:

8.1. Ab wann wusste die Staatsregierung, dass es einen erhärteten Verdacht auf schweren Finanzbetrug bei der Wirecard AG gibt?

8.2. Wie hat die Staatsregierung auf diese Erkenntnis reagiert?

8.3. Wen hat die Staatsregierung über diese Erkenntnis informiert (bitte jeweils unter Angabe des Datums)?

Antwort:

Die Fragen 8.1. bis 8.3. werden aufgrund Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Staatsanwaltschaft München I setzte das zuständige Fachreferat im Staatsministerium der Justiz erstmalig am 22. Juni 2020 telefonisch davon in Kenntnis, dass im Zuge der Ermittlungen im Nachgang zur Bekanntgabe der Testatverweigerung am 18. Juni 2020 nunmehr auch Tatvorwürfe des Betrugens in einem besonders schweren Fall durch gewerbs- und bandenmäßige Begehung (§ 263 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 StGB) in den Fokus genommen werden. Es würden insoweit aktuell konkrete prozessuale Taten im Sinne von § 265 StPO, insbesondere einzelne Geschädigte und Fälle der Darlehensgewährung, herausgearbeitet. Man werde diese Konkretisierung zumindest hinsichtlich einzelner Taten voraussichtlich zeitnah abschließen und so eine wesentliche gesetzliche Voraussetzung für Eingriffsmaßnahmen, insbesondere Durchsuchungsbeschlüsse, Vermögensarreste - unter anderem in das Privatvermögen von Beschuldigten - und Haftbefehle, auch im Zusammenhang mit den Betrugssachverhalten schaffen.

Das Fachreferat nahm diese Mitteilung zur Kenntnis und bestärkte die Staatsanwaltschaft darin, den Sachverhalt auch insoweit vollumfänglich und rasch weiter aufzuklären und dafür alle erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen.

Die vorgenannten telefonischen Informationen der Staatsanwaltschaft hat das Staatsministerium weder am 22. Juni 2020 noch in den Folgetagen an Dritte weitergegeben. Die Ermittlungen wegen Betruges im besonders schweren Fall waren bereits kurze Zeit später Gegenstand von Presseberichten.

Das Staatsministerium ist sich der Dimension des Wirtschaftsstrafverfahrens „Wirecard“ bewusst und beobachtet das Verfahren, insbesondere die personelle Situation. Die Staatsanwaltschaft München I erhält bei Bedarf die für die sachgerechte Führung des Verfahrens notwendige Unterstützung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez.

Georg Eisenreich, MdL

Staatsminister